



## Mehr BAföG – mehr Chancengleichheit

Das BAföG wird deutlich erhöht und ausgeweitet. Mit dem Beschluss zur 22. BAföG-Novelle hat der Deutsche Bundestag am 16. November 2007 den Weg für die Reform der Ausbildungsförderung frei gemacht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Erhöhung der BAföG-Fördersätze um zehn Prozent und der Einkommensfreibeträge um acht Prozent in der Koalition durchgesetzt und einmal mehr dafür gesorgt, dass das BAföG ein leistungsfähiges Instrument zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Hochschulbildung bleibt.



photothek.net

Die soziale Herkunft entscheidet auch an der Hochschule immer noch maßgeblich über die Bildungschancen. Die jüngste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) hat diesen Zusammenhang erneut verdeutlicht: Während von 100 Akademikerkindern 83 studieren, gelingt dies von 100 Kindern aus Nicht-Akademikerfamilien nur 23. Nach wie vor haben Jugendliche aus sozial schwachen Familien oder bildungsfernen Milieus deutlich geringere Chancen, ein Studium aufzunehmen und einen akademischen Abschluss zu erreichen.

### BAföG steht für soziale Gerechtigkeit

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Verbesserung von Chancengleichheit das oberste Ziel in der Bildungspolitik. Daher haben wir uns immer für ein leistungsfähiges BAföG eingesetzt, um jungen Menschen aus sozial schwächeren Familien dabei zu helfen, finanzielle Hürden bei der Aufnahme eines Studiums zu überwinden. So haben wir bereits in der von Gerhard Schröder geführten Regierung den Raubbau am BAföG aus der Zeit vor 1998 gestoppt und es wieder zu einem attraktiven, effektiven und sozial gerechten Instrument der Bildungsfinanzierung gemacht. Nach dem die Regierung Kohl das BAföG über Jahre auf einen historischen Tiefstand von 780 Millionen Euro im Jahr 1998 herunter gewirtschaftet hatte, haben wir die Mittel des Bundes bis 2005 auf knapp 1,5 Milli-

arden Euro erhöht und damit innerhalb weniger Jahre fast verdoppelt.

### BAföG verteidigt und ausgebaut

In den Koalitionsverhandlungen mit der Union haben wir erfolgreich durchsetzen können, dass das BAföG in seiner jetzigen Form erhalten bleibt, nachdem in der Union bereits öffentlich über eine Abschaffung nachgedacht wurde. Mehr noch: Um das BAföG in seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion auch in der Großen Koalition bereits frühzeitig für eine weitere spürbare Anhebung der Fördersätze und Freibeträge eingesetzt. Der im Anfang 2007 vorgelegten 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung festgestellte Anpassungsbedarf hat unsere Forderung zusätzlich bestärkt.

### Große BAföG-Reform erreicht

Mit dem jetzt verabschiedeten BAföG-Änderungsgesetz ist es uns gelungen, diese Forderung in der Koalition durchzusetzen und nicht nur eine kleine Novelle, sondern tatsächlich eine große BAföG-Reform auf den Weg zu bringen, die eine spürbare Anhebung der BAföG-Sätze ab dem Wintersemester 2008/09 mit einschließt. Das ist gut für die jungen Menschen im Land und ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit im Studium.

Mit der Anhebung der Fördersätze um zehn Prozent erhöhen wir die finanziel-

le Unterstützung der geförderten Schülerinnen, Schüler und Studierenden: Dabei steigt beispielsweise der Förderhöchstsatz für Studierende von 585 auf 643 Euro, für Schüler von 481 auf 521 Euro. Parallel dazu führt die Erhöhung der Freibeträge um acht Prozent zu einer deutlichen Ausweitung der Anspruchsberechtigten. Der so genannte „große Elternfreibetrag“ steigt von 1.440 auf 1.555 Euro, der zusätzliche Ehegattenfreibetrag von 480 auf 520 Euro sowie der Freibetrag für unterhaltspflichtige Kinder von 435 auf 470 Euro. Im Ergebnis erhöhen sich damit die Einkommensgrenzen, bis zu denen ein BAföG-Anspruch besteht. Dadurch werden künftig etwa 100.000 Studierende und Schüler zusätzlich BAföG erhalten.

Hinzu kommen weitere Verbesserungen, mit denen wir das BAföG an neue Entwicklungen und veränderte Bedürfnisse der jungen Menschen anpassen. Hierzu gehören folgende Neuregelungen:

- > Anhebung der Hinzuverdienstgrenze: Die Obergrenze, bis zu der BAföG-Empfänger im Rahmen von Nebenjobs ohne Anrechnung auf das BAföG hinzuverdienen können, wird einheitlich auf 400 Euro monatlich und damit auf die Höhe eines Minijobs angehoben.
- > Pauschale Auslandsreisekosten als Normalförderung: Die Auslandszuschläge und Auslandsreisekosten werden künftig pauschal (weniger Bürokratie)



gefördert und in die Normalförderung überführt, das heißt künftig hälftig als Zuschuss ausbezahlt. Es bleibt bei einem zusätzlichen Zuschuss zu Auslandsstudiengebühren von bis zu 4.600 Euro für ein Jahr. Die Förderung von Auslandspraktika wird erleichtert und ausgeweitet.

- > Mehr BAföG für Familien: Mit dem neuen Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro für das erste und je 85 Euro für jedes weitere Kind leisten wir einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung. Der Zuschlag wird bedarfserhöhend eingerechnet und als Vollzuschuss geleistet, d.h. er kommt in der Regel voll bei den Studierenden an, ohne dass sich die Darlehensschuld erhöht. Dafür entfällt mit einer Übergangszeit von zwei Jahren die Möglichkeit des Kinderteilerlasses bei der Darlehensrückzahlung.
- > Erweiterte Förderung von Migranten: Zur besseren Integration von Auszubildenden mit Migrationshintergrund, die lange in Deutschland leben und eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, wird die Fördervoraussetzung einer Mindestberufszeit der Eltern abgeschafft. Die Steigerung der Bildungschancen junger Migranten ist ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Integration.
- > Komplette Förderung bei Auslandsstudium: BAföG-Empfänger können ihre Förderung künftig schon ab dem ersten Semester für ein Studium im EU-Ausland oder in der Schweiz verwenden. Die bisher geforderte „Orientierungsphase“ von einem Jahr in einem inländischen Studiengang entfällt.

Zu den vom Bundesbildungsministerium vorgeschlagenen Kürzungen bei der elternunabhängigen Förderung von Auszubildenden des zweiten Bildungswegs an Abendgymnasien und Kollegs wird es auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion nicht kommen.

### Sozial gerechte Bildungspolitik gibt es nur mit uns

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist und bleibt das BAföG ein zentrales und unverzichtbares Instrument sozial gerechter Bildungspolitik. Es hilft dabei, soziale Unterschiede in der Bildung auszugleichen und die Chancengleichheit für alle bei der Aufnahme eines Studiums zu verbessern. Unionsgeführte Länder führen Studiengebühren ein und sorgen damit für eine erhebliche Verunsicherung bei den Studierenden. Die derzeit wieder rückläufige Studienanfängerquote ist dafür ein alarmierender Warnhinweis. Für die SPD bleibt dagegen klar: Wir müssen die soziale Auslese im Bildungssystem überwinden, mehr jungen Menschen gute Bildungsperspektiven eröffnen und die Bildungspotenziale in unserem Land optimal ausschöpfen. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der individuellen Zukunftschancen junger Menschen, aber auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Aus all diesen Gründen wird die SPD-Bundestagsfraktion auf die Leistungsfähigkeit des BAföG immer ein wachsames Auge haben.